

Unabhängige Tageszeitung  
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Телерадиофон: 13 5 28, 13 6 38, 13 8-97, 17 1 09. Поштовий адрес: Київська Ш. 2060. Телегр.-код.: Мінска Ш. 2060

Bei freier Zuteilung durch Votum monatlich RM. 2,75, vierteljährlich RM. 8,25. Wohnung in Teufelsbach: Monatlich RM. 2,75, vierteljährlich RM. 8,25, ausschließlich Zuhältergehalt. Wohnung im Weindal laut Mietvertrag in den Verträgen. Auszahlungsforderungen im Gebäude monatlich RM. 1,60, nach dem Auslande monatlich RM. 2,—. Preis für die Zimmernummer 30 RM.

24. Berlin, 24. Januar. (Gegner Drahtbericht)  
Die Vorentwürfe der Gesetze über die Wahlen zu  
Landtag und Reichspräsidenten werden nunmehr  
öffentlich. Für die Reichstagswahlen ist  
Entwürfe ausgearbeitet, die als A, B und C be-  
zeichnet sind, im Abschnitt über Wahlrecht und Wahl-  
kreise einander gleichen, in der Wahlvorbereitung,  
Zuschreibung und der Ermittlung des Wahlergebnis-  
sungen voneinander abweichend. In den den Entwurf-  
geleiteten Erörterungen heißt es:

[illegible]

Die Partei oder Wählergruppe erhält auf 10 000 der zu ihrem Wahlvorschlag abgegebenen Stimmen je einen Abgeordneten. Die hiernach in den Wahlkreis unberücksichtigt gebliebenen Stimmen werden durch das ganze Land aufsummiert und nach dem vorliegenden Zuge bewertet. Der absolute noch verbleibende Stimmanteil von mehr als 7 % erhält einen weiteren Abgeordneten.

Stimmen erhält einen weiteren Zuschlag. Der Ergänzungsvorschlag des Reichstages wird dem Bundestag zur Entscheidung vorgelegt. Der Bundestag kann den Ergänzungsvorschlag ablehnen, ihn aufheben oder ihn mit dem ursprünglichen Vorschlag vereinen. Wenn der Bundestag den Vorschlag ablehnt oder aufhebt, kann der Reichstag ihn erneut einbringen. Wenn der Bundestag den Vorschlag mit dem ursprünglichen Vorschlag vereint, wird der ursprüngliche Vorschlag angenommen. Der Bundestag kann auch den ursprünglichen Vorschlag ablehnen, den Ergänzungsvorschlag annehmen und den ursprünglichen Vorschlag aufheben. In diesem Fall wird der ursprüngliche Vorschlag nicht angenommen, sondern der Ergänzungsvorschlag wird angenommen. Der Bundestag kann auch den ursprünglichen Vorschlag ablehnen, den Ergänzungsvorschlag ablehnen und einen neuen Vorschlag einbringen. In diesem Fall wird der ursprüngliche Vorschlag nicht angenommen, sondern der neue Vorschlag wird angenommen. Der Bundestag kann auch den ursprünglichen Vorschlag ablehnen, den Ergänzungsvorschlag ablehnen und keinen neuen Vorschlag einbringen. In diesem Fall wird der ursprüngliche Vorschlag nicht angenommen, sondern der Ergänzungsvorschlag wird angenommen.

einreichen. Jeder Wahlvorschlag erhält somit gleichberechtigt, als die Zahl der für ihn abgegebenen Stimmen sich durch 60 000 teilen läßt. Die ihm zufließende nicht verbrauchten Stimmen und die Stimmen Wahlvorläufer, der weniger als 60 000 Stimmen erhalten hat, werden für das ganze Rennen zusammengezählt und auf einen von den Kandidaten der Partei einzureichenden Wahlvorschlag verteilt. Jeder Reichstagswahlvorschlag erhält somit Abgeordnetensitze, als die Summe der Reichstimmen durch 60 000 teilbar ist. Die Wahlkreise werden so verteilt, daß auf jeden Wahlkreis in der Regel sechs Abgeordnete kommen. Die Zahl soll nur bei großstädtischen Wahlkreisen, deren Vertretung nicht wohl möglich wäre, willkürlich überschritten werden.

[illegible]

Jahr 1914 auf verringerte Bevölkerungszahl  
 1920 zuwunde, so würden bei gleicher Be-  
 teiligung mehr bei der Rationalisierungsmaß 28 35  
 Sitze kommen abnehmen und bei einer Verteilung  
 von 20 000 Sitzen 471 Abgeordnete gewählt  
 werden. In mit der Abnahme zu rechnen, daß  
 künftigen Reichstagswahlen im allgemeinen nicht  
 gleiche Interesse wie den Wahlen zur National-  
 versammlung entgegengebracht wird, und daß in-  
 dessen auch die Wahlteilnahme nicht unmerk-  
 lich hinter der bei der Rationalisierungsmaß  
 der gegen Verteilung zurückbleiben wird. Man  
 daher wohl nicht fehlgehen, wenn man  
 bei 20 000 abgegebene Stimmen einen Abgeord-  
 neten, so doch mit einer Abgeordnetenzahl von  
 mehr als 400 zu rechnen lie. Die Zahl der A-  
 bgeordneten unter 400 sitzen zu lassen, dürfte  
 unannehmlich sein. Der Entwurf steht daher  
 gegenstandslos bei besonders geringer Wahlteil-  
 n. Die Verteilungszahl von 20 000 so weit herab-  
 werden kann, daß mindestens 400 Abgeordnete  
 gewählt werden können. Dem Verfassungsgrundsatz  
 gleichen Wahlrecht wird durch das neue Entwer-  
 fen bisher gemachten Verschägen gewissermaßen  
 keinen Nachteil zugefügt. Es macht

da auch kleine Wahlgruppen ihrer Stimmengleichheit befähigt werden können. Dem System ist das Bedenken entgegengebracht worden, daß auf diese Weise ein Teil der Abgeordneten nicht vom Volk

wählt, jedenfalls nicht unmittelbar gewählt, sondern von den Vorellwählern ernannt worden wurde. Die Zahl dieser Abgeordneten würde um so größer sein, je kleiner die Wahlkreise gemacht werden. Wird aber die Zahl der zu ernennenden Abgeordneten eine beträchtliche, so könnte die Frage aufgeworfen werden, ob dem Verfassungsgrundlag der freien, allgemeinen, unmittelbaren Wahl Rechnung getragen ist. In rechtlicher Beziehung besteht die Vorentscheidung A die Personen dadurch, daß er den Wähler nützt, die etwaige Verwerfung seiner Stimme für die Wahlkreisvorsitzende auf dem Stimmzettel ausdrücklich aufzuweisen. Im übrigen aber bieten die Vorentscheidungen B und C die Möglichkeit, diesen Gebanten anzuwenden. Beide sehen kleinere Wahlkreise mit regelmäßig vier Abgeordneten vor. Die Vorsätze B sieht mehrere ähnlich zusammenhängende Wahlkreise an einem Orte vor, während C zusammen und nicht die Einteilung besonderer Verbandswahlkreise vor. Die Wahlkreis-Beziehungen werden zunächst innerhalb der Verbandswahlkreise zusammengefaßt und auf die Verbandswahlkreise verrechnet. Erst die in den Verbandswahlkreisen sich ergebenden Resultate werden auf die Wahlkreiswahlkreise verrechnet. Durch die Einbeziehung von Wahlkreisen wird der Zusammenhang zwischen Wählern und Abgeordneten verstärkt, die Zahl der Abgeordneten, die aus dem Wahlkreiswahlkreis hervorgeht, vermindert und so der Einfluß der Hauptleistungen der Parteien zugunsten der Einflüsse der örtlichen Wählerschaft auf die Auswahl der Bewerber verringert.

Der Vorsteher C stellt Wahlkreise in gleicher Größe wie der Vorsteher D und deren

**Innereinteilung in Verbandswahlkreise**

vor. Den Parteien ist es überlassen, entweder Wahlkreise oder Verbandswahlkreisvorläufe einzurichten. Damit soll erreicht werden, daß Wahlgruppen, die aus dem einen oder andern Wahlkreis weniger als 500 Stimmen aus ihrer Wahlkreisliste erhalten können, mit Wahlgruppen der Parteien eines Verbandswahlkreisvorlaufs verbunden und einen gemeinschaftlichen Wahlkreisvorlauf (Verbandswahlkreisvorlauf) einreichen können. Auf diese Weise wäre solchen Parteien die Möglichkeit gegeben, ihren ordentlichen Kandidaten zum Erfolg zu verhelfen und die Parteien und Verbände auch in solchen Wahlkreisen für eine reg. Wahlarbeit zu interessieren, in denen sie weniger stark vertreten sind.

Von dem Verhältnis abgesehen, enthält der Vorwurf auch sonst Neuerungen gegenüber dem bürgerlichen Recht. Besonders liegt er dem wiederum laienhaftesten Wunsch, den Auslandsdeutschen das Recht zur Teilnahme an dem Wahlgeschehen in der gleichen, Rechnung zu tragen. Im Hinblick auf die besonderen Bedürfnisse der großen Stadgemeinden wird an dem System der sog. „Kommunalparlamentarismus“ eine nicht geringe Lücke zu sehen sein. Auch ist der Entwurf in manchen wesentlichen Punkten, z. B. die Wahl eines „Landesparlamentes“, des Wahlrechts in einem

hellen, auf welchem auch die Reichstagswähler aus allen drei Reichsklassen an Männern und Frauen, die am Wahltag die Reichstagsfähigkeit besitzen und das 20. Lebensjahr vollendet haben, während in jeder Wahlbezirk, der am Tage der Wahl das 20. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens einem Jahre Reichsbürger ist. Das gesamte Ausmaß bildet einen besonderen Wahlkreis für den Reichstag, welcher aus gleichberechtigten ist. Jeder Auslandsbürger hat einen Stimmzettel einzulegen, der einen Namen enthält. Die Auslandsdeutschen erhalten so viel Stimmzettel, als die Summe der von ihnen abgegebenen Stimmen durch volle 60 000 eilber ist.

+ Berlin, 24. Januar. (C'a. Drahtbericht) In dem nunmehr verdienstlichen Entwurf eines Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten soll jeder zu diesen Reichsanträgen gewählter werden, die am 24. Januar das Wahlrecht zum Reichstag besitzen und das Reichsgesetz aufheben. Die Wahl ist unmittelbar und geheim. Der Wahltag muß ein Sonntag oder öffentlicher Ruhetag sein. Die Wahlkenn muß einer Reichslandschaft oder einer allgemeinen Volksabstimmung verbunden werden. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen erhält. Erhält sie keine besondere Mehrheit, so findet eine zweite Wahltag statt, wobei gewählt ist, wer die meisten gültigen Stimmen erhält hat. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Das für den Reichspräsidenten gebildete Wahlprüfungsgericht prüft das Wahlergebnis.

X Berlin, 24. Januar. Alle bisherigen Er-  
 wägungen der Eisenbahnvertrags, die Verkau-  
 fshälfte der Eisenbahnverträge wissam an be-  
 haben einen eingegebenen Erfolg nicht gehabt. Auch  
 auf die in zwei eingeleiteten Arbeitervereinigun-  
 gen nicht gelungen, die Arbeitsergebnisse zu fördern.  
 Die Einkünfte der Verhältnisse sind vielmehr nach  
 abnehmender Besserung im Verlaufe der letzten  
 Monate häufig gesunken. Die Gefahr einer  
 durch Stilllegung des Eisenbahnnetzes nicht in-  
 der Kasse der Verhältnisse immer noch  
 ungenügend vermindert die Verhältnisse riefen  
 schärfen. Die Verwaltung hat auf die hierin für die  
 betrieblich liegenden Gefahren sehr lang hin-  
 siehtlich nicht nur annehmen, im vollen Bewuß-  
 sein ihrer Verantwortung vor dem Volke, die bei-  
 derseits wirtschaftlich arbeitenden Verhältnisse Berlin  
 und II. Berlin III und IV, Starnberg, Schönbach  
 (Wald Gannover), Darmstadt I und II, Soloth  
 (sitz Wabburg), Frankfurt a. M., Jena, Gotha  
 Rastatt a. M. u. v. m. 20. Januar an  
 sämlichen und sämtlichen Arbeiter  
 unter gleichzeitigen Verzicht auf  
 weitere Dienste an Sämlingen. Die Ver-  
 hältnisse werden demnach unter neuen Bedingungen  
 eröffnet, die eine Wirtschaftlichkeit und erhö-  
 berte Arbeitsergebnisse ermöglichen. Die Wiederan-  
 nahme der bisher beschäftigten Arbeiter ist unum-  
 gänglich. Die Arbeiter werden unter denjenigen Arbeit-  
 stunden in einer verhältnißmäßigen Abordnung auf  
 der neu vereinbarten Tarifhöhe und in einer  
 neuen Arbeitszeit von sechs auf Stunden ver-  
 theilt. Die mit den Gewerkschaften geführten Tar-  
 verhandlungen werden die Regierung vor-

Die neuen Tarife bilden die Grundlage für die Befreiung der Löhne. Die Regierung bietet damit der Arbeiterschaft die Möglichkeit, bei guten Leistungen noch mehr als die Tariflöhne zu verdienen.

b. Dresden, 24. Januar. Bekanntlich ist am letzten Mittwoch der mecklenburger Waiitor Barth wegen verurtheilten Landesverrats vom Reichsgericht an drei Jahren Zuchthausarbeit verurtheilt worden. Nunmehr haben Mitglieder der Regierungsparteien in der deutsch-slawischen Nationalversammlung eine dringende Anfrage an den Minister des Innern Dr. Bensch gerichtet, in der es heisst: „Was wird der Minister zum Schutze des unschuldigen [1] verurtheilten Mitglieds der deutsch-slawischen Friedensordnung Barth unternehmen? Da Barth mit unter Friedensordnung in Paris war, ist seine Verurtheilung eine grobe Verletzung der Winderkelchrechte und somit auch eine Verletzung des Friedensvertrags. Die Unterzeichneten fragen den Minister, ob er gewillt ist, solche Schritte anzunehmen, um diesen juristischen Uebergreif an beistimmen und die Winderkelchrechte des künftigen Gorden zu schützen.“

\* **Brüssel**, 24. Januar. An die Erklärung: Dr. Helm in der Nationalversammlung aufzufassen, schreibt die **Brüsseler Volkspartei-Korrespondenz**. Daß Dr. Helm vor dem Pleum des Reichstages alles sagen konnte, was er mit den französischen Offizieren gesprochen hat, wird der politische Mann nicht ermarren. Die sehr ausführlichen Darlegungen, die Dr. Helm in vertrauter Weise vor dem Forum des Parteilagers der Brüsseler Volkspartei gemacht hat, haben allgemein diebezüglich ganz vortrefflich dazu beigetragen, das Vertrauen an Dr. Helm zu stärken. Der **Maur. Courlet** hat bereits erklärt, daß der Vorbehalt der deutschen Einwanderer nicht zuletzt den Verhandlungen Dr. Helms mit den Franzosen zu danken sei.

× **Helsingfors**, 24. Januar. Die Handhaftenkonferenz verhandelte in ihrer letzten Sitzung über die Neutralisierung der Küste und genehmigte die Grundsätze des Verteidigungsabkommens. Die nächste Handhaftenkonferenz soll in Naga stattfinden.

× Berlin, 24. Januar. Die Reichscentralstelle für Krieges- und Hülfsangelegenheiten: Zur Befreiung der Internierten von Scapa Flow sind gestern die Dampfer „Blisson“ und „Belgia“ nach Ost England gesendet. Dortan abgeliefert werden sie am 23. d. M. wieder in Wilhelmshaven eintreffen.

London, 24. Januar. (Wig. Drahtbericht.) In einer dem Correspondenten der Times genährten Mittheilung erklärte Millesand, daß seine Politik gegen England dieselbe bleiben würde wie die von Clemenceau, da diese für die Zukunft der Welt von größter Bedeutung sei. Er, Millesand, werde in Mülhe geben, Frankreich die emsige Freundschaft zu erhalten, um es festhalten und noch enger zu gestalten.

X. Kiel, 24. Januar. Die aus 29 Offizieren bestehende Kommission der Tünte des kaiserlichen Heeres vormittag sämtlichen Oasen- und Werkmaterial für die hiesigen Kriegsschiffe. Die Kommission begibt sich am Sonntag nachmittags mittels Sonderzuges in Berlin. Am 27. d. M. trifft eine neue Kommission (anderem Aufenthalte hier ein.

X Humberdam, 24. Januar. Die Nachricht, daß  
Freiherr v. B e r f i l d e n Beschloß habe,  
Artikel 298 des Friedensvertrages nicht zu  
anwenden also die Regelung brasilianischer  
Kaufmänner und Verbindlichkeiten gegen Deut-  
land unmittelbar vorzunehmen und nicht dem  
Friedensprotokolle vorgesehenen Clearing-Verfahren  
unterwerfen, erweckt in hiesigen Handelskreisen große  
Aufsehen.

**Kasernen.** 24. Januar. (Telg. Drahtbericht.) Nach einer Erklärung des russischen Presserechts am 23. Januar hat die Zeitung am 22. Januar die Fronten der Bolschewiken südlich und nördlich von Mieschinsk durchbrochen und die Stadt eingenommen. Die Polizei ist jetzt im Besitz einer 164 Kilometer langen Eisenbahnlinie von Tamsburg nach Sotchiwka. 200000 Russen haben viel Kriegsmaterial darunter auch Panzer, automobiler, erbeutet und viele Gefangene gemacht. Auf einen ganzen Regimentsstab. Auch viele Ungarn am 27. Basailien, die in den Reihen der Bolschewiken kämpften. Sind in die Hände der Russen gefallen.

☛ Kopenhagen, 24. Januar. (Fig. Drahtber.) Dem k. k. Pressbureau zufolge hat Deutschland seitland 62 Lokomotiven und 820 Waggon in Wirta auskesselt.

Wien, 24. Januar. (Ein. Drahtbericht.) Die Vorkämpfer der Volksbewegungen nach Westen hat energisch begonnen. Die Einnahme von Rohlewa stellt einen Einbruch in Poliarabien dar. Dadurch hat das Lamenec-Podolitz Kampf heftig sind die Bolschewiken bereits bis an die östliche Grenze herangekommen. Die Einbruchsstelle in Galizien ist die gleiche, wie jene desARENBERGER Kriegsausbruch. Die Pläne der Volksbewegungen dahin, das ganze wehrfähige Gebiet, also auch die zum San, ferner Pemska, Lublin, S. Polenski, Dnabura und Tschobolai zu befreien. Der Kaukasus haben die bolschewikischen Truppen von übergriffen und bedrohen stürzhaft Gebiet.

Nachdem vor kurzem die Mehrheitsparteien der preussischen Landesversammlung die Schaffung des deutschen Einheitsstaates angeregt haben, hat die Bisthafheit der Frage einen unserer Berliner Mitarbeiter veranlaßt, hervorragende Vertreter der Einheitsstaaten um ihre Meinungsäußerung darüber zu erlangen.

der an der Befreiung der Reichsversammlungen so bedeutenden Anteil hat, das Wort zur Kennzeichnung seines Standpunktes:

Bei Beginn der dritten Session der Versammlung in Weimar sprach ich unter Zustimmung des Hauses aus, daß in der Welt, wie der Zustand der Versammlung in die hellste Vergangenheit zurückzuführen ist, die Welt in die hellste Vergangenheit ist, daß der diktatorische Streit zwischen Einzelstaat und Bundesstaat folglich ruhen kann. Auch der Einzelstaat kann und soll in Deutschland nicht existieren sein.

Die „föderativen Garantien“, aus denen der „bundesstaatliche Charakter“ der früheren Reichsverfassung beruhen sollte, fand man in Einrichtungen, wie sie sonst kein einziger der sogenannten Bundesstaaten aufwies. Diese Einrichtungen hat die neue Verfassung theilweis oder abgeändert; ob sie dadurch tatsächlich den Einheitssinn oder erst den wahren Bundesstaat herbeiführt habe, ist eine für die praktische Politik ebenso gleichgültige Diskussionsfrage wie die, ob die deutschen Länder nach der neuen Reichsverfassung „noch Staaten“ oder „nur autonome Selbstverwaltungsorgane“ sind. In Anbetracht der Organisation gibt die neue Verfassung dem Reiche alles, was die Einheitlichkeit des politischen Lebens im nationalen Sinne erfordert; aber sie vermischt eine den deutschen Regierungen zu verlorene Zentralisation, namentlich auf den Gebieten der inneren Verwaltung. Diese überläßt sie den Ländern in weitem Umfange als autonomem Selbstverwaltungsform. Die noch vorhandene Schwierigkeit liegt theilweise in dem Vorhandensein solcher Länder an sich; vielmehr lediglich darin, daß zum Theil ihre territoriale Schenkung für die Erfüllung ihrer Aufgaben ungenügend ist; insbesondere sind die kleinen Länder zu klein, und das größte zu groß. Wenn es in Wahrheit sein Land wie Saarland oder Baden, sondern ein zweites der sehr Centralstaat. Aus dem Bedenken darüber der Reichs- und der preussischen zentralen Gesetzgebung und Verwaltung ergaben sich gewisse Meinungen und Kraftveränderungen. Doch auch diese Schwierigkeit wird sich im Rahmen der neuen Reichsverfassung überwinden lassen auf dem Wege der Dezentralisation, der Autonomie und Selbstverwaltung der preussischen wie der deutschen Länder.

äußert sich wie folgt:

Ich halte den jetzigen Zeitpunkt, die Frage der  
Hohen Unterthorung anzuhängen, für den besten  
unmöglich. Die Leipziger Verfassung hat die  
bedeutendsten Einwirkungen auf die Selbstbestimmung  
des deutschen Einzelmannes in der Richtung der Verleidi-  
gung gestellt. Die Zwangsprobe war eine sehr gewonne-  
ne Ueberzeugung, dass das Kaiserthum nicht, Ver-  
samt und auch doch ein einmal die Hohen noch ver-  
samt! Im Absehn: Der aus der mehr als tausend-  
jährigen Geschichte des deutschen Volkes abzuwischen ge-  
senkt hat und mit Schrecken an glaubt, große polit. Ver-  
hältnisse, aber auch ethno-graphische Gegenstände  
unseres Volkes aufzulösen an können, die zu handeln  
mit die Mithridat der politischen Unterthorung  
Ich will dabei gar nicht unteruchen, ob diese Regierung  
auch nur einander selbst ist, sich aus der politischen  
Ueberzeugung mit Anhängern an, die sie schon be-  
schwerend und krank gemacht hat, an einer Ver-  
berührung der Dinge aufzulösen. Ich habe mehr-  
mal den Eindruck, als wenn die Berliner Unterthorung  
in politischer Verleidiung ein Vabanquismus mit be-  
sonnener Verleidiung der Evidenz ist. Mit Verleidiung  
mit „Deutscher Nation“ und „Selbstbestimmung“, die be-  
denkliche sich selbst oder nicht, Ueber-  
lende aber die Forderung der andern vorstellen, ist  
gar nicht geboten. Der ein selbstbestimmter Mensch  
der Anstehung des Reiches ist, wie der Reiches  
dieser Seiten, der kann nur befremdend der Evidenz  
anständigen Berliner Unterthorung, die diese Unter-  
thorung mit einigen eingelegten Vorkäufen an die  
fleren verführt, anzusehen: „Hände weg!“ Ihr des-  
halb seine Abwesenheit, noch anstelle folgen einer frivolen  
Frieden soll die Militären allein möglich  
lich über eure Töchter freuen!

Das Mittel des heiligen Ministeriums

Präsident des belgischen Landesamtes für das

alst die nachstehende ausführliche Begründung seiner Standpunkte:

Wir sind auch in Dessen durchaus für eine Entweltung im Sinne des deutschen Einzelstaates. Von dem hoch, weil nicht verkannt werden kann, daß sehr eckige, harte und materialistische Gründe diese Entwicklung in der nächsten Zeit erzwingen werden. Nachdem einmal auf dem schwerlichen Gebiete, auf dem der Finanzminister in Folge untrüglichen politischen Unsinns das Reichsinteresse ein laiches Urtheilsgewicht über das Interesse der einzelnen Länder bekommen hat, daß die letzteren ihre Selbstherrschaft stark einschränken mußten, wird man auf andern Gebieten erst recht den Partikularismus nicht mehr lang bestehen können. Er ist und in der Vergangenheit auch oft genug blutighen gewesen. Es kommt aber natürlich hier darauf an, in welcher Form der Einzelstaat organisiert wird. Die Aufgabe ist komplizierter, wenn Deutschland als fissionelllos gehalten und keine einzelnen Länder haben in jahreswunderslanger selbständiger Geschichte viel Eigenart entwickelt, manchmal so viel, daß Eigenart verloren wurde. Auf keinen Fall aber kann man solche geschäftlichen Ergebnisse einfach wieder aufheben. Und wenn man es könnte, dann dürfte man es nicht, denn in der Gegenwart unserer deutschen Länder reden auch sehr hohe Worte, nämlich kultureller Art. Haben die vielen Fürstenthümer in Deutschland ein Asten und Baken manchmal mit sich gebracht, so haben sie doch auch andere, welche als Zentren des Wohlthuns gewirkt, und Ende zu selbständige Formeln, haben in ihrer Eigenart







### Wohlfahrt der russischen Soldatenräte

[illegible]







Ausfuhrbewilligungen

Wenn die am Schluß dieses Jahres beginnende...

des Reichskommissars der Ein- und Ausfuhr...

Die langfristige und in den letzten Jahren...

Wittgensteinsche Fabrikation für Kartonnagenindustrie...

Amfliches Erdöl-Verteilung...

Lagerwaren Hagemeier & Co. Prins Benrighode 159 Amsterdam

Meßstadt Dresden Import-Export-Gesellschaft H. Müller & Co.

Schirme C. A. Polschke, Versandhaus sucht geeignete Artikel zu Postversandzwecke...































# Das Reichsbürger-Programm.

Alle Kultur ist Meisterung der Natur durch menschlichen Willen und Geist. Unauflöslich ist deshalb Kultur gebunden an die Gegebenheiten menschlicher Natur.

Ziel der Kulturarbeit ist die Verwirklichung des Guten und Gerechten durch den Einzelnen, wie die Gemeinschaft in ständiger Wechselwirkung ihrer Leistungen. Pflicht und Recht des Einzelnen ist die Erarbeitung sittlicher und wirtschaftlicher Güter zur Erhaltung und zum Aufstieg der eigenen Persönlichkeit, der Familie und der Gesamtheit; Aufgabe der Gemeinschaft ist die Schaffung der Voraussetzungen für die Erfüllbarkeit der Lebensaufgabe des Einzelnen. Die ungehemmte Kräfteentfaltung des Einzelnen findet ihre Schranken in den sittlich bedingten Lebensnotwendigkeiten der Gemeinschaft; der von der Gemeinschaft ausgehende Zwang erhält seine Grenze an der für die Kulturentwicklung notwendigen Freiheit der Einzelpersönlichkeit.

Alle Kulturentwicklung ist in ihrer geschichtlichen Erscheinung gebunden an das einzelne Volk; die Kultur der Menschheit ist daher der Arbeitsertrag aller Nationen. Die gesamte Kulturarbeit des deutschen Volkes muß deshalb ausgehen von der Eigenart deutschen Wesens und in seiner wachsenden Vollenendung das höchste Ziel sehen. Die Vielfältigkeit der Kulturarbeit bedingt die Vielfältigkeit der Berufe, deren Leistungsnotwendigkeit und daher Gleichberechtigung aus sittlichen, kulturellen und staatsbürgerlichen Gründen gegeben ist.

Aus dieser Grundauffassung vertreten die im Reichsbürgerrat zusammengeschlossenen deutschen Bürgerräte folgende staatsbürgerliche, kulturelle und wirtschaftliche Forderungen für das deutsche Volk:

## I.

Wir bekennen uns zu unserem Volkstum, zur staatlichen Einheit aller deutschen Stämme in ihrer geschichtlich gewordenen Vielgestaltigkeit. Wir geloben, werktätig zusammenzustehen mit allen Deutschen in der Welt.

Wir wünschen friedliche Verständigung der Nationen, gemeinsame Arbeit zur Verwirklichung allgemeiner Menschheitsideale. Wir verlangen darum das unbeschränkte Recht auf Selbstbestimmung für alle Völker.

Vor allem übrigen fordern wir die Wiedergutmachung des uns Deutschen durch den Versailler Frieden zugefügten Unrechts. Wir erklären, daß ohne vorhergehende Verwirklichung dieser unverjährbaren nationalen Forderung eine friedliche Völkerverständigung auf die Dauer unmöglich ist.

Wir halten an der geschichtlich gewordenen Tatsache fest, daß die oberste Gewalt im Staate vom Volke ausgeht. Das Recht der Mehrheit, die Staatsform zu bestimmen, muß unantastbar bleiben. Aus dieser Überzeugung heraus werden wir allen Versuchen, die Verfassung gewaltsam zu ändern, entschlossenen Widerstand entgegensetzen.

Wir verwerfen jede Klassenherrschaft und verteidigen die Gleichberechtigung aller Volksgenossen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Nur ein Volk, das sich selbst in der Gewalt hat, kann feindlicher Vergewaltigung widerstehen. Daher erklären wir als oberste Pflicht jedes Staatsbürgers, für Ruhe und Ordnung, die Grundlage aller Arbeit, mit seiner ganzen Persönlichkeit einzutreten. Die Erziehung unseres Volkes zu solcher Gesinnung und ihrer Betätigung soll unsere Aufgabe sein. Reichs- und Einwohnerwehr als Schutz staatlicher Sicherheit werden wir fördern. In der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht sehen wir ein wichtiges Erziehungsmittel zu staatsbürgerlichem Pflichtbewußtsein unseres gesamten Volkes.

Der Wiederaufbau unseres Vaterlandes kann nur gelingen, wenn, unabhängig von Partei und Konfession, alle zu solcher Pflichterfüllung sich zusammenfinden, die sich zu unserer Überzeugung bekennen. Nur ihr fester Zusammenschluß verbürgt den Erfolg gemeinsamer Arbeit und Abwehr.

## II.

Deutsche Art hat von altersher ihre höchste Vollenendung in der Entwicklung zur selbstverantwortlichen Persönlichkeit gesucht und gefunden. Wir erhoffen die Erneuerung unseres Volkes von der Selbstbesinnung auf deutsche Art in Anlehnung an die großen Überlieferungen unserer Geschichte.

---

Um Verbreitung dieses Flugblattes durch Weitergeben, Beilegen  
in Briefen usw. wird gebeten.

Jede gewünschte Anzahl von Flugblättern gibt kostenlos ab

**Dresdner Bürgerrat**

Geschäftsstelle: Dresden-A., Reichsstraße 24, II. — Fernspr. 28261.

---



Die sittliche Wiedergeburt erwarten wir von der Wiedererweckung religiösen Gemeinschaftsgefühls, von der Erziehung der Jugend zu charakterfesten Staatsbürgern, von der Vertiefung und Verbreitung der Volksbildung zur Entfaltung aller schöpferischen Kräfte, von der schonungslosen Bekämpfung jeder Unredlichkeit.

### III.

Wir sehen in der Eigenwirtschaft die wesentliche Grundlage allen materiellen und kulturellen Fortschritts; zugleich erblicken wir in der Gemeinwirtschaft eine notwendige Ergänzung, sobald sie den Bedürfnissen der Allgemeinheit besser dient und sich selbst zu erhalten vermag.

Die freie Eigenwirtschaft in Handel, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft wird von uns mit allen Kräften gefördert werden, denn sie ist die unentbehrliche Voraussetzung wirtschaftlichen Aufblühens und eines gesunden Aufbaues der Gesamtbevölkerung.

Der Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit ist unbedingt notwendig. Die Gleichstellung der Arbeitnehmerschaft mit dem Unternehmertum muß soweit durchgeführt werden, wie es die Lebensnotwendigkeiten der deutschen Volkswirtschaft im wirtschaftlichen Wettbewerb heute zulassen.

Höchstes Ziel der Arbeit ist das Gemeinwohl: Arbeit ist die erste Bürgerpflicht; alle Arbeit muß unter staatlichem Schutz stehen. Die Erziehung unseres Volkes zur Erkenntnis dieser wirtschaftlichen und sittlichen Notwendigkeit ist nur möglich, wenn lediglich nachweisbar unverschuldete Arbeitslosigkeit öffentliche Hilfe erhält.

Wie das deutsche Volk unter den Nationen der Erde der Freiheit zur friedlichen Kräfteentfaltung bedarf, so muß jedem Volksgenossen Licht und Raum zur inneren und äußeren Gesundung gesichert werden. Daher verlangen wir die folgerichtige Durchführung einer allgemeinen Siedlungs- und Wohnungsreform als greifbarstes Mittel, alle Deutschen von neuem mit Liebe zur Heimat zu erfüllen und mit dem Schicksal des Vaterlandes untrennbar zu verbinden.

Aus diesen Grundsätzen heraus müssen die einzelnen Bürgerräte das öffentliche Leben in Staat und Gemeinde überwachen, die Parteien zum Wohle des Ganzen zusammenführen und als über den Parteien stehende Vertretung Willen und Meinung der gesamten Bürgerschaft zur Verwirklichung bringen.

Obiges Programm ist von den präsidentiellen Körperschaften des Reichsbürgerrats am 17. Dezember 1919 beschlossen worden.

Wir sind der Überzeugung, daß alle bürgerlich Denkenden zur Durchführung dieses Programms mithelfen können und müssen.

Wir fordern daher alle Einwohner Dresdens, Frauen und Männer, auf, sich uns anzuschließen.

## Dresdner Bürgerrat

Mitglied des Landesbürgerrats Sachsen und des Reichsbürgerrats.

### Der Vorstand

Freiherr von Reisdorf, 1. Vorsitzender;

Obermeister Kunzsch, 2. Vorsitzender; Dr. med. Hans Haenel, pr. Arzt, 3. Vorsitzender; Kaufmann Apel; Handlungsgehilfe Max Böhm; Frau San.-Rat Dr. Böhmig; Arbeiterssekretär Walter Geh; Privatangestellter Giese; Dr. jur. Gronau; Konsul Harlan; Hofrat Hoff; Verlagsbuchhändler und Handelsrichter Alfred Müller; Oberst Richter; Justizrat Notar Weglich; Ewald Zeißig.

Abtrennen und sofort einheften!

An den Dresdner Bürgerrat, Dresden-A., Reichsstr. 24, II. Fernspr. 28261.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Dresdner Bürgerrat und

zeichne einen Jahresbeitrag von M. ....

sowie eine einmalige Zuweisung von M. ....

Den Betrag überweise ich durch .....

Ich bin zu persönlicher Mitarbeit bereit.

Name: .....

Stand: .....

Dresden, den .....

Straße: .....

Dresdner  
Bürgerrat

Nicht Zutreffendes bitte zu durchstreichen.

Postkassenkonto: Leipzig 49424 — Konto bei der Stadtkasse und allen Banken und Bankiers.

Der Jahresmindestbeitrag beträgt für Einzelpersonen noch nicht 10 M. die Woche, im Jahre 5 M., für Firmen 20 M.

Dresdner Bürgerrat  
Dresden-A., Reichstr.